Zugang zum Recht für Frauen und Mädchen mit Behinderung

Das bedeutet:

Frauen und Mädchen mit Behinderung müssen bei vielen **rechtlichen Sachen** mit-machen können, damit sie ihr Recht bekommen.



Rechtliche Sachen sind zum Beispiel:

- Die Anzeige bei der Polizei,
- die Beratung bei einem Anwalt oder einer Anwältin
- oder der Gerichts-Prozess.
 Deshalb müssen alle rechtlichen Sachen barriere-frei sein.

Barriere-frei bedeutet: Für Menschen mit Behinderung gibt es keine Hindernisse mehr

Ein Gerichts-Prozess ist ein Treffen beim Gericht.

Bei dem Treffen sind viele Fach-Leute für Gesetze dabei. Sie sprechen zum Beispiel darüber:

- Welche Straftat begangen worden ist.
- Und welche Strafe der Täter bekommen soll.



Der 25. November ist der Tag gegen Gewalt an Frauen

Deshalb haben 2 Gruppen gemeinsam eine Veranstaltung gemacht.

Das waren:

BODYS

BODYS ist die Abkürzung für:

Bochumer Zentrum für Disability Studies.

Das wird so aus-gesprochen: dis äbi li ti sta dies.

BODYS ist ein Teil von der Evangelischen Hochschule.

 Und das Netzwerk Frauen und M\u00e4dchen mit Behinderung und chronischen Erkrankungen von NRW.
 NRW ist die Abk\u00fcrzung f\u00fcr Nordrhein-Westfalen.





Mit der Veranstaltung wollten die Gruppen an den Tag gegen Gewalt an Frauen erinnern. Außerdem haben Fach-Leute darüber gesprochen:

Außerdem naben Fach-Leute darüber gesprochen

- Dass Mädchen und Frauen mit Behinderung öfter Gewalt erleben als andere Menschen.
- Und dass Frauen und M\u00e4dchen mit Behinderung bei rechtlichen Sachen oft aus-geschlossen werden.

Viele Menschen waren bei der Veranstaltung in der Evangelischen Hochschule dabei.
Und einige haben Online mit-gemacht.
Das bedeutet: Sie waren am Computer dabei.





Bei der Veranstaltung waren zum Beispiel:

- Frauen-Beauftrage von Werkstätten,
- Politikerinnen,
- Mitarbeiterinnen:
 - o von Ministerien,
 - o der Stadt Bochum,
 - o der Polizei
- Forscherinnen
- und behinderte Frauen und M\u00e4dchen, die sich f\u00fcr ihre Rechte stark machen.

Fach-Leute haben Vorträge gehalten.

Das bedeutet: Sie haben über wichtige Sachen gesprochen.

Und sie haben mit-einander diskutiert.

In schwerer Sprache heißt das:

Sie haben eine Podiums-Diskussion gemacht.

Dabei konnten Besucherinnen von der Veranstaltung auch mit-machen.





Diskutieren bedeutet:

Menschen sprechen über ein Thema.

Sie streiten darüber.

Und sie erklären anderen Menschen:

Warum sie diese Meinung zu dem Thema haben.



Recht haben und Recht bekommen sind 2 verschiedene Paar Schuhe

Das bedeutet:

Wenn Menschen recht haben, bedeutet das noch nicht:

Dass sie auch ihr Recht bekommen.

So hieß der Vortrag von Frau Theresia Degener.

Sie ist die Chefin von BODYS.



Theresia Degener hat darüber gesprochen:

Dass viele Frauen und Mädchen mit Behinderung bei rechtlichen Sachen oft aus-geschlossen werden.

Denn es wird ihnen oft nicht geglaubt,

dass eine Straftat passiert ist.



- Welche Straftat passiert ist.
- Und wie die Straftat passiert ist.
- Weil viele Polizisten und Polizistinnen vielleicht nicht wissen:
 Welche Unterstützung eine Frau mit Lern-Schwierigkeiten braucht,
 damit sie über die Straftat reden kann.
- Weil Anwälte und Anwältinnen nicht gelernt haben:
 Wie sie Frauen mit Behinderung in einem Gerichts-Prozess am besten unterstützen können.
- Oder weil in dem Gerichts-Prozess keine Leichte Sprache gesprochen wird.

Und Frauen mit Lern-Schwierigkeiten vielleicht nicht verstehen können: Was der Richter oder die Richterin zu der Straftat sagt.



Das alles heißt in schwerer Sprache: Frauen und Mädchen mit Behinderung

erleben oft strukturelle Diskriminierung.

Theresia Degener hat auch von Sonja M. erzählt

Sonja M. ist eine Frau mit Lern-Schwierigkeiten.

Sie arbeitet in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderungen.

In der Werkstatt hat sie sexualisierte Gewalt erlebt.

Sexualisierte Gewalt bedeutet:

- Ein Mann fasst einer Frau an die Brust.
- Er hält die Frau fest und küsst sie.
- Oder er fasst der Frau zwischen die Beine.
 Die Frau will das aber nicht.



Im Jahr 2020 hat Sonja M. eine Anzeige bei der Polizei gemacht.

Die Berliner Staats-Anwaltschaft hat aber gesagt:

Es wird keinen Gerichts-Prozess geben.

Denn Sonja M. kann nicht genau erzählen: Was passiert ist.

In schwerer Sprache heißt das:

Sie kann keine genaue Aussage machen.

Theresia Degener und einige andere Fach-Leute

haben deshalb eine Beschwerde

an den Landes-Verfassungs-Gerichtshof Berlin geschrieben.

Beschwerde bedeutet:

Ein Mensch findet etwas schlecht.

Oder er ärgert sich über etwas.

Dann kann er zum Beispiel auf-schreiben:

Über was er sich ge-ärgert hat.





Landes-Verfassungs-Gericht

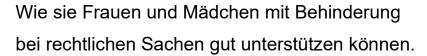
Das ist das wichtigste Gericht in einem Bundes-Land.



Theresia Degner hat in ihrem Vortrag gefordert:

- Es muss einen besseren Schutz für Frauen und Mädchen mit Behinderung bei rechtlichen Sachen geben.
- Die Regeln von der UN-BRK müssen besser be-achtet werden.
- Die Fach-Leute für Recht müssen besser geschult werden.
 Zum Beispiel:
 - Polizisten und Polizistinnen,
 - Anwälte und Anwältinnen
 - Richter und Richterinnen.

Damit sie genau wissen.





Ein Mensch will etwas haben.

Oder er will,

dass etwas Bestimmtes gemacht wird.

Guter Gewalt-Schutz ist wie ein gutes T-Shirt

Das bedeutet:

Gewalt-Schutz muss für jeden Menschen gut sein.

Und er muss für jeden Menschen passen.

Monika Rosenbaum hat den Vortrag gehalten.



Monika Rosenbaum ist die Chefin von Netzwerk Frauen und Mädchen mit Behinderung und chronischen Erkrankungen von NRW.
Sie hat gesagt:

Alle Menschen haben das Recht auf Gerechtigkeit.
Und sie haben das Recht auf Schutz vor Gewalt.





Aber für Frauen und Mädchen mit Behinderung ist es oft schwer, ihr Recht zu bekommen.

Oft können sie nicht selbst über ihr Leben bestimmen.

Denn andere Menschen denken:

- Sie wissen besser,
 was für Mädchen und Frauen mit Behinderung gut ist.
- Oder sie nehmen M\u00e4dchen und Frauen mit Behinderung nicht ernst.
 Das bedeutet:
 - o Die Menschen glauben ihnen bei vielen Sachen nicht.
 - Sie behandeln erwachsene M\u00e4dchen und Frauen mit Behinderung wie Kinder.
 - Oder die Menschen machen einfach Sachen,
 die Mädchen und Frauen mit Behinderung gar nicht wollen.
 Das bedeutet:
 Die Menschen bestimmen über Mädchen

Oft denken Frauen und Mädchen mit Behinderung: Ich bin selbst daran schuld, dass ich Gewalt erlebt habe.

und Frauen mit Behinderung.

Deshalb wehren sie sich nicht gegen die Gewalt. Und sie holen sich keine Hilfe oder Unterstützung. Das ist aber falsch.

Monika Rosenbaum hat in ihrem Vortrag gefordert:
Bei rechtlichen Sachen muss es gute
und verschiedene Beratungs-Angebote geben.
Und es muss mehr Barriere-Freiheit geben.



Zum Beispiel:

• Gebärdensprach-Übersetzerinnen bei der Beratung bei Anwälten und Anwältinnen.



Info-Hefte in Blinden-Schrift

Damit blinde Frauen und Mädchen wissen:

Welche Hilfen sie bekommen können.

Damit sie ihr Recht bekommen.

 Oder Leichte Sprache bei einem Gerichts-Prozess. Damit Frauen und Mädchen mit Lern-Schwierigkeiten verstehen, was Richterinnen sagen.



Barriere-Freiheit bedeutet: Für Menschen mit Behinderung gibt es keine Hindernisse mehr.

Monika Rosenbaum hat gesagt:

Denn Barrieren schützt die Täter.

Das bedeutet:

Wenn es viele Barrieren für Frauen und Mädchen mit Behinderung gibt, dann wehren sie sich nicht.

Und es kann immer mehr Gewalt passieren.

Barrieren ist ein anderes Wort für. Hindernisse.

Wenn Mädchen und Frauen nicht selbst über ihr Leben bestimmen dürfen, ist das auch Gewalt

Tanja Gudd hat den Vortrag gehalten.

Sie ist Frauen-Beauftragte in einer Werkstatt

für Menschen mit Behinderung.



die sich für die Rechte von Frauen stark machen.

Zum Beispiel: In Werkstätten für Menschen mit Behinderung.







Tanja Gudd hat gesagt:

Wenn andere Menschen über mich bestimmen, dann ist das auch Gewalt.

Zum Beispiel:

Wenn die Eltern über erwachsene Menschen mit Behinderung bestimmen. Weil die Eltern die **gesetzlichen Betreuer** sind.

Manchmal können Menschen mit Behinderung über viele Sachen nicht mehr selbst-bestimmen.

Zum Beispiel:

- Weil sie sehr krank sind.
- Oder weil sie eine schwere Behinderung haben.

Dann machen das andere Menschen für sie.

Diese Menschen heißen: Gesetzliche Betreuer.

Tanja Gudd hat auch gesagt:

In der Werkstatt mache ich viele Beratungs-Gespräche.

Dabei spreche ich mit den Frauen über verschiedene Probleme.

Einige Frauen erzählen mir zum Beispiel:

- Sie dürfen keinen Sex haben.
- Oder sie dürfen keinen Freund haben.

Weil die Eltern das nicht wollen.

Und die Eltern sagen:

Sie dürfen das bestimmen,

weil sie die gesetzlichen Betreuer sind.

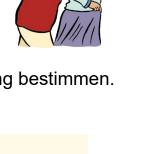
Aber Tanja Gudd sagt dazu:

Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Das bedeutet:

Alle Menschen sind wichtig.

Und alle Menschen müssen selbst über ihr Leben bestimmen können.









Das darf kein anderer Mensch für sie tun.

Wenn die Menschen das nicht wollen.

Denn jeder Mensch weiß am besten selbst:

Wie sein Leben sein soll.

Wenn ihr Gewalt erlebt habt: Wir stärken euch den Rücken

Das bedeutet:

Wenn Frauen Gewalt erlebt haben,

dann können sie Hilfe bekommen.

Den Vortrag hat Jenni Stille gehalten.



Jenni Stille arbeitet in der Beratungs-Stelle Mädchenhaus Bielefeld.

Ihre Aufgabe ist es:

Frauen und Mädchen zu unterstützen,

wenn sie sexualisierte Gewalt erlebt haben.



Wenn sie eine Anzeige bei der Polizei gemacht haben.

Und wenn es einen Gerichts-Prozess geben wird.

Sie unterstützt Frauen und Mädchen bei rechtlichen Sachen.

Zum Beispiel:

• Sie geht mit den Frauen zur Polizei.

Damit sie dort eine Anzeige machen können.

Wenn sie sexualisierte Gewalt erlebt haben.

Dort können die Frauen darüber sprechen:

- Was ihnen passiert ist.
- o Und was sie jetzt machen können.
- Sie geht mit den Frauen zu einer Anwältin.

Die Anwältin kann die Frauen beraten.

Und sie kann den Frauen bei einem Gerichts-Prozess helfen.





- Jenni Stille spricht mit den Frauen über viele Sachen.
 Zum Beispiel:
 - Was in einem Gerichts-Prozess passiert.
 - Wer bei einem Gerichts-Prozess dabei ist.
 - Oder welchen Fragen die Frau im Gerichts-Prozess be-antworten muss.
- Und sie schaut sich gemeinsam mit den Frauen einen Gerichts-Saal an.

Ein Gerichts-Saal ist ein großer Raum.

Dort wird der Gerichts-Prozess gemacht.



Niemanden zurück-lassen - Eine Podiums-Diskussion

Das bedeutet:

Kein Mensch darf bei rechtlichen Sachen zurück-gelassen werden.

Alle Menschen müssen mit-machen können.

Alle Menschen müssen ihr Recht bekommen.

5 Expertinnen aus verschiedenen Organisationen haben darüber diskutiert:

Was verändert werden muss:

Damit Frauen und Mädchen mit Behinderung bei allen rechtlichen Sachen mit-machen können.

Damit sie ihr Recht bekommen.



Das waren die Expertinnen:

Claudia Seipelt-Holtmann ist Sprecherin vom Netzwerk Frauen und Mädchen mit Behinderung und chronischen Erkrankungen von NRW.



Julia Zinsmeister ist Professorin

an der Technischen Hochschule Köln.



Eine **Professorin** ist eine besondere Lehrerin an einer Uni oder an einer Hochschule. Sie weiß sehr viel zu einem bestimmten Thema.



Ceyda Keskin arbeitet beim.

Bundes-Verband Frauen-Beratungs-Stellen und Frauen-Notrufe



Kathrin Römisch arbeitet bei BODYS.



Interkulturelle Mädchen-Arbeit, LAG Autonome Mädchen-Häuser.



Monika Rosenbaum hat die Podiums-Diskussion moderiert.

Moderieren bedeutet: Ein Gespräch lenken.

Die Moderatorin achtet zum Beispiel darauf:

- Dass jede Diskussions-Teilnehmerin etwas sagen kann.
- Und dass sie nicht zu lange redet.

Claudia Seipelt-Holtmann hat gefordert:

Frauen und Mädchen mit Behinderung müssen ernst genommen werden.

Das bedeutet zum Beispiel:

- Es muss darauf ge-achtet werden
- und es muss gehört werden:
 Was Frauen und Mädchen mit Behinderung sagen.



Damit sie ihr Recht bekommen.



Julia Zinsmeister hat über die Eltern

von behinderten erwachsenen Frauen und Mädchen gesprochen.

Sie hat gesagt:

Eltern dürfen nicht über ihre erwachsenen Kinder bestimmen.

Sondern die Eltern müssen darauf achten:

Dass erwachsene Frauen und Mädchen ihr Recht bekommen.

Dass sie selbst über ihr Leben bestimmen.



Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zum Beispiel:

- In Pflege-Heimen,
- Wohn-Heimen oder Wohn-Gruppen
- oder in Werkstätten für Menschen mit Behinderung müssen besser aus-gebildet werden.

Damit sie Menschen mit Behinderung

bei ihrer Selbst-Bestimmung besser unterstützen können.

Und damit Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen erkennen können:

Bei welchen Sachen oft über die Menschen mit Behinderung bestimmt wird.

Ceyda Keskin hat gesagt:

Wir müssen Frauen und Mädchen mit Behinderung besser schützen, bevor Gewalt passiert.

Deshalb muss es mehr Angebote zum Schutz vor Gewalt geben.

Kathrin Römisch hat gesagt:

- Beratungs-Angebote
- und Hilfs-Angebote müssen so sein,

dass alle Menschen dort Hilfe bekommen können.

Zum Beispiel auch Menschen,

die eine unterstützte Kommunikation brauchen.





Das sind zum Beispiel:

- Menschen, die bestimmte Zeichen benutzen.
 Wenn sie mit anderen Menschen sprechen wollen.
- Menschen, die einen Sprach-Computer benutzen.
 Weil sie selbst nicht so gut sprechen können.
- Oder Menschen, die Bilder benutzen.
 Damit sie anderen Menschen zeigen können:
 Was ihnen passiert ist.

Unterstützte Kommunikation bedeutet:

Menschen benutzen Hilfs-Mittel, damit sie mit anderen Menschen sprechen können.

Diese Hilfs-Mittel sind zum Beispiel:

- Bestimmte Zeichen,
- Sprach-Computer
- oder Bilder.



Renate Janßen hat gesagt:

Das **Jugend-Amt** und die Menschen aus der **Behinderten-Hilfe** müssen gut zusammen-arbeiten.

Das **Jugend-Amt** hilft jungen Menschen und Familien, wenn sie Probleme haben.

Die Behinderten-Hilfe sind verschiedene Sachen.

Zum Beispiel:

- Pflege-Heime,
- Wohn-Heimen oder Wohn-Gruppen
- Beratungs-Stellen
- Förder-Schulen
- oder in Werkstätten für Menschen mit Behinderung.





Nichts über uns ohne uns

Das bedeutet:

Andere Menschen dürfen nicht über das Leben von Menschen mit Behinderung bestimmen.



Auch Teilnehmer und Teilnehmerinnen von der Veranstaltung haben bei der Diskussion mit-gemacht.

Sie haben zum Beispiel gesagt:

Frauen und Mädchen mit Behinderung

müssen bei rechtlichen Sachen überall mit-machen können.

Dafür müssen aber noch viele Sachen verändert werden.



Es ist schlecht:

Dass Eltern oft die gesetzliche Betreuung

für ihre erwachsenen Kinder bekommen.

Denn oft ist es so:

Dass sie über das Leben ihrer erwachsenen Kinder bestimmen.

Zum Beispiel:

- Ob die erwachsenen Kinder Sex haben dürfen.
- Oder ob sie mit einem Partner oder einer Partnerin gemeinsam in einer Wohnung leben können.

Außerdem wird Gewalt vielleicht nicht erkannt: Oder es wird keine Anzeige bei der Polizei gemacht. Weil die Gewalt durch die Eltern passiert.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen haben gefordert:

Es muss viel mehr Leichte Sprache bei allen rechtlichen Sachen geben.

Und verschiedene Gesetze müssen noch besser be-achtet werden.

Zum Beispiel:

- Das Behinderten-Gleichstellungs-Gesetz
- Und das Teilhabe-Gesetz.

In den Gesetzen stehen viele Rechte für Menschen mit Behinderung.

Stefan Glahn arbeitet beim Ministerium Arbeit, Gesundheit und Soziales in Nordrhein-Westfalen.

Er war bei der Veranstaltung auch dabei.

Er hat gesagt:

Das war eine tolle Veranstaltung.

Ich nehme viele neue Ideen für meine Arbeit mit.

Claudia Middendorf ist die Beauftragte von der Landesregierung für Menschen mit Behinderung sowie Patientinnen und Patienten in Nordrhein-Westfalen.

Sie hat gesagt:

In Nordrhein-Westfalen gibt es eine neue Beschwerde-Stelle.

Dort können Menschen sich beschweren:

Wenn das Wohn-Gesetz und Teilhabe-Gesetz nicht be-achtet wird.

Zum Beispiel:

- In Wohn-Heimen,
- Pflege-Heimen
- oder Wohn-Gruppen.

Claudia Middendorf hat sich für die tolle Veranstaltung bedankt.

Und sie hat sich dafür bedankt:

Dass über es so viele verschiedene Informationen zu dem Thema:

Zugang zum Recht für Frauen und Mädchen mit Behinderung gab.

Wer den Text gemacht hat:

Den Text in schwere Sprache haben:

Bianca Rilinger und Franziska Witzmann geschrieben.





Den Text in Leichter Sprache hat: **leicht ist klar** – Büro für Leichte Sprache geschrieben und geprüft. <u>www.leicht-ist-klar.de</u>

Die Bilder für Leichte Sprache sind von: Reinhild Kassing, Kassel,

www.leichtesprachebilde.de

Das Zeichen für Leichte Sprache ist von: Inclusion Europe